

*An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 22. September 2022

### **Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf  
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sofortentlastung für ALLE burgenländischen  
Pendler**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Sofortentlastung für ALLE burgenländischen Pendler**

Von etwa 133.000 erwerbstätigen Burgenländern haben knapp 100.000 ihren Arbeitsplatz außerhalb der Wohnsitzgemeinde. Davon arbeiten rund 25.000 Burgenländer in der Bundeshauptstadt Wien. Das Burgenland kann also getrost als das Land der Pendler bezeichnet werden.

Wie bekannt, erhöht die Stadt Wien trotz der anhaltenden Teuerungswelle nun wieder die Gebühren für Wasser, Kanal, Müllentsorgung sowie die Preise der Parkscheine aufgrund des geltenden Valorisierungsgesetzes. Dem vorangegangen ist bereits eine vielfach kritisierte Erhöhung der Preise für Mieten, Fernwärme, Strom und Gas. Etliche Burgenländer mit Arbeitsplatz und Wohnsitz in Wien sind jetzt doppelt belastet, zumal schon die hohen Spritkosten das Pendeln erschweren.

Die Freiheitlichen haben schon im März dieses Jahres – zu Beginn der Energiekrise – sowohl eine Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses des Landes als auch einen „Landes-Fonds“ für Pendler mit vorübergehendem „Pendlerbonus“ gefordert. Zwar hat die Alleinregierung einen Klima- und Sozialfonds im Rahmen der Energiekrise eingerichtet, eine Direktunterstützung für Pendler sucht man darin aber vergeblich. Stattdessen fordert Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil ständig die Bundesregierung auf, zu handeln und eine Teuerungsbremse in Sachen Energie sowie einen Spritpreisdeckel in Höhe von € 1,50 einzuführen.

Dass es sich dabei im Grunde um Forderungen der FPÖ handelt und eine effektive Umsetzung von der derzeitigen schwarz-grünen Bundesregierung nicht zu erwarten ist, weiß der Landeshauptmann ganz genau. Daher hat er selbst (vorerst) eine Aussetzung der Erhöhung der Strompreise im Burgenland umgesetzt. Spätestens aber jetzt, wo das SPÖ-geführte Wien die burgenländischen Pendler mit empfindlichen Gebührenerhöhungen noch zusätzlich belastet, muss das Land eingreifen und auch für unsere Pendler ein Entlastungspaket schaffen.

Dieses soll einerseits einen Ausgleich sämtlicher Gebührenerhöhungen für burgenländische Wien-Pendler vorsehen. Wenn sogar der niederösterreichische SPÖ-Landesparteichef die Maßnahmen der Parteikollegen in der Bundeshauptstadt kritisiert, wird man auch fordern dürfen, dass Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig in Kontakt tritt und sich für unsere Pendler einsetzt. Die Unterstützung könnte für alle Burgenländer mit Wohnsitz und Arbeitsplatz in Wien in Form von Direktzuschüssen erfolgen, welche dem Land Burgenland möglichst von der Stadt Wien refundiert werden. Im besten Fall würden die neuen Gebührenerhöhungen in Wien überhaupt rückwirkend ausgesetzt.

Andererseits sollten ALLE burgenländischen Pendler, somit auch Tagespendler nach Wien, endlich vom Land entlastet werden. Daher wiederholen wir unsere Forderung, den generellen Fahrtkostenzuschuss im Wege der Arbeitnehmerförderung und den Fahrtkostenzuschuss für alle Landesbediensteten zu verdoppeln. Weiters kann es nicht sein, dass man an den burgenländischen Landestankstellen mitunter mehr für den Treibstoff bezahlt als bei den Tankstellen der Ölkonzerne. Durch die bevorstehende Einführung der ÖKO-Steuer im Oktober wird die 2 Euro-Marke für Benzin und Diesel wohl wieder überschritten werden. Auch hier sollte die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und einen befristeten Spritpreisdeckel in Höhe von € 0,99 bei den Landestankstellen einführen, um die Pendler rückwirkend zu entlasten.

Mit den genannten Maßnahmen wäre nicht nur den Burgenländern mit Arbeitsplatz und Wohnsitz in Wien, sondern allen rund 100.000 burgenländischen Pendlern geholfen, den Energiepreiswahnsinn leichter abzufedern. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo es nicht mehr genügt, auf nachhaltige Lösungen der Bundesregierung oder gar der EU zu warten. Die burgenländischen Pendler brauchen sofort eine Entlastung!

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, wird aufgefordert,

1. mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig in Verhandlungen zu treten, um einen Ausgleich für die empfindlichen Gebührenerhöhungen der Stadt Wien zugunsten der Burgenländer mit Arbeitsplatz und Wohnsitz in Wien zu schaffen,
2. ein sofortiges Entlastungspaket für ALLE burgenländischen Pendler umzusetzen, wonach
  - a) der generelle Fahrtkostenzuschuss im Wege der Arbeitnehmerförderung, und
  - b) der Fahrtkostenzuschuss für alle Landesbediensteten, verdoppelt werden, sowie
  - c) ein befristeter Spritpreisdeckel in Höhe von € 0,99 an den burgenländischen Landestankstellen eingeführt wird.

*Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.*